

„Eine reale Bedrohung für Bremen“

Herr Schuster, in allen möglichen Ländern gibt es Zölle auf die Einfuhr bestimmter Stahlsorten – nur in der EU nicht. Warum werden die europäischen Märkte nicht so geschützt wie andere Länder es tun?

Joachim Schuster: Generell wird in Europa der Freihandel groß geschrieben, weshalb die EU bereit ist, die Zollschränken niedrig zu halten. Bei fairen Wettbewerbsbedingungen ist das sinnvoll.

Fairer Wettbewerb hört sich zunächst gut an. Dennoch wird der Markt mit Billig-Stahl überschwemmt. Nochmal: Warum gibt es in der EU keine Ausnahmen für kritische Produkte?

Für einige Stahlsorten wie Langstahl hat die EU bereits einen solchen Erlass in Kraft gesetzt. Für weitere Sorten müssen wir als Mitglied der WTO nachweisen, dass dieses Produkt von den Chinesen unter Herstellungspreis verkauft werden. Das nennt sich dann Dumping und ermächtigt, Strafzölle zu erheben.

Gibt es Bestrebungen, dieses Verfahren auf andere Sorten auszuweiten?

Ich halte es für wichtig und werde mich in Brüssel dafür einsetzen, die Sorte Warmbreitband mit einzubeziehen, die hier im Bremer Werk von ArcelorMittal produziert wird. Doch eine Ausweitung ist umstritten. Es gibt Wirtschaftslobbyisten und Regierungen, die Gegenreaktionen der chinesischen Regierung fürchten. So wollen etwa viele Automobilkonzerne weiter möglichst ungehindert auf den chinesischen Markt kommen.

Fast jede dritte Tonne Stahl, die 2015 in die EU importiert wurde, kam aus China. Das hat zu Überkapazitäten und Preisdruck geführt. In diesem Jahr soll nun darüber entschieden werden, ob das Land von der EU als Marktwirtschaft anerkannt wird. Sie sind dagegen. Warum?

China ist keine Marktwirtschaft. Die chinesische Regierung lenkt und subventioniert ihre Unternehmen in hohem Maße. Deswegen kommt es ja zu diesen Billigimporten. Und wenn China den Marktwirtschaftsstatus erhält, wird es wesentlich schwieriger, Maßnahmen gegen Dumping-Importe zu ergreifen.

Welche Auswirkungen könnte es Ihrer Meinung nach schlimmstenfalls auf die europäische Stahlbranche haben, sollte China den Status bekommen?

Es gibt Schätzungen, dass branchenübergreifend mehrere Millionen Arbeitsplätze in der EU gefährdet sind, wenn China den Status erhält. Ich rechne für die Stahlbranche zumindest mit Standortschließungen. Geht die Preisentwicklung so weiter, gibt es auch für Bremen eine reale Bedrohung. Die Gefahr ist, dass in Deutschland die Stahlindustrie als wichtige Grundstoffindustrie wegbricht.

Die EU-Emissionshandelsrichtlinie soll ab 2021 neu geregelt, die industriellen Verschmutzungsrechte verknappert werden. In Deutschland wird gleichzeitig über weitere Richtlinien des Erneuerbare-Energien-Gesetzes diskutiert, während die Netzkosten weiter steigen. Ist die Stahlindustrie überhaupt noch zu retten?

Es ist ein Spagat: Wir müssen beim Emissionshandel Lösungen finden, die umweltpolitischen Fortschritt bringen, aber die Wirtschaft nicht in die Knie zwingen. Die Diskussion, wie beide Seiten

austariert werden können, hat gerade erst begonnen. Dabei geht es zum Beispiel um Ausnahmen für energieintensive Unternehmen wie die Stahlwerke. Es muss verhindert werden, dass am Ende nur noch Stahl aus China importiert wird – und das zu dramatisch schlechteren Umweltbedingungen.

Sind die von der EU gesteckten Klimaschutzziele ohne Auflagen für die Stahlbranche nicht zu erreichen?

Generell müssen sich alle Branchen anstrengen – auch die Stahlindustrie. Aber die EU muss die Ziele so stecken, dass sie von den Unternehmen auch erreicht werden können.

Wird es in Brüssel wahrgenommen, wenn ganze Stahlstandorte geschlossen werden?

Natürlich, denn gerade in der Stahlbranche würden sehr viele Jobs wegfallen und ganze Regionen in Mitleidenschaft gezogen. Deswegen setze ich mich als Bremer gemeinsam mit der sozialdemokratischen Fraktion im Europaparlament dafür ein, die Stahlbranche als wichtige Grundstoffindustrie in Europa zu erhalten und für faire Wettbewerbsbedingungen zu sorgen.